SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 27
01/98
4. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Mz-100500 00/Kto-Nr.: 0670017787

INTERNATIONALER TAG DER MENSCHENRECHTE · NAZIAKTIVITÄTEN IN DER REGION · NEONAZIS IN DER BUNDESWEHR · PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Einleitungstext

Wir hoffen, daß ihr gut und kämpferisch nach 1998 gekommen seid und euch bei euren *zielgerichteten* Aktionen in der dafür prädestinierten Silvesternacht nicht habt erwischen lassen. Uns jedenfalls haben sie *nicht* erwischt; wir leben noch und haben den gleichen revolutionären Drang nach fundamentaler Veränderung dieses repressiven Systems wie immer - es gäbe ja auch keinen einzigen Grund, sich (selbst)zufrieden zurückzulehnen. Den Aufmerksamen unter euch wird aufgefallen sein, daß es die *Sabo* mit dem Eintritt ins Jahr 1998 mittlerweile im vierten Jahrgang gibt: darauf können wir - angesichts der Tatsache, daß es aus zeitungsproduzierender Sicht eine äußerst bewegte Zeit war -, durchaus ein bißchen stolz sein. Dieses „Durchhaltevermögen" haben uns bestimmt **nicht** die meisten prognostiziert. Tatsächlich standen wir ja auch das eine oder andere Mal kurz vor unserer eigenen Deadline: „Überforderung", „Frustration", „Enttäuschung" waren einige der dafür verantwortlichen Auswüchse des Zeitungsmachens. Aber im prozessualen Austausch mit diesen kollapsandrohenden „Geschwüren" haben wir uns immer wieder gefangen, im Sumpf szenischer Anfeindungen unseren Weg gefunden und uns allen sachlichen und unsachlichen Attacken zum Trotz dort etabliert, wo wir ja auch logisch-konsequent unseren politischen Aktionsrahmen setzen: im linksradikalen Spektrum der Region. Zwar könnte das „szenische" Interesse an den von uns aufgegriffenen und via Zeitungsforum zur Diskussion gestellten Themen weit größer sein; aber die revolutionäre Linke in der BRD ist trotz nach wie vor zu verbuchenden Teilerfolgen *so* schwach und zahlenmäßig *so* klein, daß die massenhafte, konstruktive Partizipation an (über linksradikale Printmedien laufenden) Diskursen sowieso relativen Seltenheitswert besitzt. Wir können in so einer gesellschaftlich-politischen Situation einfach nicht erwarten, daß

Inhaltsverzeichnis:

antirassismus

Internationaler Tag der Menschenrechte 5
Kein Mensch ist illegal 9

antistaatlich/antikapitalistisch

Soldaten sind... Die Bundeswehr ist... 12

repression

Neuerliche Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes 14

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im Januar 16

antifa

Kein Fußbreit den Faschisten in Mannheim und anderswo 18
Nazi-Aktivitäten in der Region 1997 - ein Überblick 19
Heraus zum revolutionären Antifa-Block auf der Demo zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 21

leserInnenbriefe

Geschichtsunterricht mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation 24

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 28

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Januar 32

wir jeden Monat mit (anspruchsvollen, gewinnbringenden) Diskussionsbeiträgen überschüttet werden. Deshalb leben wir damit, uns ein Terrain erschlossen zu haben, auf dem in politisch ernsthaftem Sinne relativ beachtete printmediale Arbeit gegen die herrschenden Verhältnisse geleistet wird. Trotzdem gilt auch für uns nach wie vor: **Es kann nur besser werden!**

Die (innenpolitisch) alles bestimmenden Themen des Dezembers waren der „studentische Protest" und die „rechtsextremistischen Umtriebe in der Bundeswehr". Zum „Uni-Streik" gibt es nachzutragen, daß sich vieles von dem, was wir vermutet hatten, als unumstößliche Wahrheit herausstellte, vieles aber auch ganz anders, eher in unserem Sinne verlief: Auch wenn wir der Meinung sind, daß der mit der Besetzung der Neuen Uni Heidelberg verbundene Forderungskatalog sozial und politisch viel zu eng gesteckt ist und in keinster Weise eine revolutionäre Dimension besitzt, so hat die Dauer der Okkupation eines Universitätsgebäudes doch gezeigt, daß die „Schlagkraft" einer organisierten, gesellschaftlich eingebundenen Studierendenschaft durchaus in zufriedenstellendem Maße gesteigert werden und dann effektiv in anderen sozialen Kämpfen „aufgehen" könnte.

Auch wenn wir der Meinung sind, daß viele der (über die ganze BRD verteilten) Studi-/SchülerInnen-Demos in ihrem (an die Öffentlichkeit dringenden) Aussagegehalt ebenfalls zu kurz griffen, so hat der 30 000er-Protestzug in Bonn am 18.12.1997 doch gezeigt, daß „Schlagkraft" bei Aktionen dieser Art durchaus ganz schnell entstehen und zu einer (auch physisch manifestierten) Radikalisierung der daran Beteiligten führen kann: Hier hatten sich mehrere Tausend Studis vom Rest des eher angepaßten Massenprotestes losgelöst, um in die an diesem Tag militärisch abgeriegelte „Bannmeile des Bundestages" einzudringen. Bei den darauffolgenden, äußerst brutalen Attacken der von aufgehetzten SEK-Einheiten flankierten Polizeitrupps auf die radikalisierten DemonstrantInnen wurde ein überraschend hoher Grad an Solidarisierung unter der Studierendenschaft erreicht. (Wir versuchen, in diesem Zusammenhang an Fotos von vor Wut schäumenden SEK-Bullen heranzukommen, die drauf

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ Piranha MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://home.rno.de/azhd/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

Technologie: Artikel bitte auf 3 1/2-Zoll-Disketten im Textverarbeitungsprogramm Word for Windows 6.0

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

und dran sind, ihrem entfesselten Killer-„Instinkt" freien Lauf zu lassen!) Die einzigen, die sich *nicht* mit den Leuten solidarisieren wollten, die von den Bullen krankenhausreif geknüppelt oder sonstwie angegriffen wurden, waren leider die „DemoleiterInnen". Sie „flohen" ins Demoleitungsauto der Bullen und forderten von da aus via Lautsprecher die Studis (!) auf, den „Krawall" zu beenden. Diese politische Bankrotterklärung griff der nahezu gleichgeschaltete Medienapparat dankbar auf und verbreitete dann die Nachricht, „der überwiegende Teil der Studierenden [habe] sich sofort von diesen gewalttätigen Ausschreitungen distanziert, die auf das Konto militanter Kräfte aus Frankfurt am Main gehen"...

Zu den „rechtsextremistischen Umtrieben in der Bundeswehr" haben wir einen eigenen redaktionellen Artikel im Heft (Seiten 12/13), obwohl wir es zur Zeit eigentlich gar nicht nötig haben, eigene Beiträge zu fabrizieren; das uns zugesandte Material reicht glücklicherweise jeden Monat locker aus, um 32 Seiten voll zu kriegen und damit unserer primären Aufgabe - linksradikaler **Bewegungs**melder zu sein - gerecht zu werden.

Ja, und dann waren da noch „die letzten Tage des noch selbstverwalteten KOMM" in Nürnberg, die erwartungsgemäß in Auseinandersetzungen zwischen Polizei und KOMM-SympathisantInnen (umfeld) endeten. Auch wenn es - aus nachvollziehbaren Gründen - aus den eigenen Reihen scharfe Kritik am (viel zu früh gewählten) Zeitpunkt des Entfachens der Straßenschlachten gegeben hat und einige mit der Durchführung mancher Aktionen unzufrieden waren, so war es unseres Erachtens prinzipiell doch richtig, es aus diesem Anlaß in Nürnberg „nochmal krachen zu lassen": mit dem KOMMunikationszentrum stirbt nämlich schon wieder ein selbstverwalteter, von politischen Gruppen frequentierter Veranstaltungsort, und damit eine von mehr als 24 Jahren bewegte *Gegen*kultur in einer (mittlerweile CSU-regierten) bayerischen Großstadt. Hoffen wir, daß der mit der Umwandlung des KOMM in ein CSU-gestyltes „Künstlerhaus" vollzogene Angriff der Herrschenden auf die linke Szene Nürnbergs keine *so* schwerwiegenden Folgen haben wird, daß in dieser Stadt in Zukunft gar nichts Progressives mehr kollektiv entwickelt werden kann. Die von einigen Gruppen dort ausgegebene Losung soll Gültigkeit besitzen: *„Ob mit oder ohne KOMM: Die HERRschenden werden revolutionäre Politik nicht verhindern."*

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Wir wollen - in Interviewform - in den nächsten Ausgaben unter der Rubrik „linksregional" politische Gruppen in Heidelberg und Umgebung vorstellen. Vielen Menschen, die unsere Zeitung lesen, ist oft nicht klar, was sich hinter den toll klingenden Namen oder Kürzeln eigentlich verbirgt. Diesem Manko wollen wir Abhilfe leisten. Für den Anfang wollen wir selber auf Gruppen zugehen, aber es wäre schön, wenn ihr selber Initiative ergreifen würdet.

Gewidmet ist diese *Sabo* den 45 **ZivilistInnen**, die am 22.12.1997 im Landkreis Chenalhó im mexikanischen Bundesstaat Chiapas von regierungstreuen Paramilitärs regelrecht hingerichtet wurden. Wir hatten in den letzten Ausgaben den internationalistischen Schwerpunkt „Mexiko"; wie sich jetzt auf tragische Weise gezeigt hat, nicht zuunrecht: der Kampf um eine von neoliberalen Wahnvorstellungen befreite Welt hat nicht nur seine politische Legitimation; er kann als revolutionäre Tat selbstverständlich auch jederzeit von *denen* mit dem Leben „bezahlt" werden, die - wie in diesem Fall - *eventuell* einer Befreiungsorganisation nahestehen.

Euer Redaktionskollektiv

Polizeidirektion mit Steinen beworfen

Mit Steinen haben in der Silvesternacht teilweise vermummte Personen das Dienstgebäude der Polizeidirektion sowie einen Streifenwagen beuorfen. Kurz vor dem Jahreswechsel war einer Polizeistreife in der Alten Eppelheimer Straße eine Gruppe von 20 Leuten aufgefallen, die beim Anblick eines zufällig vorbeikommenden Polizeiautos wegrannten. Kurz darauf entdeckten die Beamten, daß bei der Sparda-Bank auf der Ecke Römerstraße eine Scheibe eingeworfen worden war. Während die Berufsfeuerwehr die Scheibe mit einer Holzplatte absicherte, war die Personengruppe bei der Polizeidirektion wieder aufgetaucht und warf mit Steinen, um dann vermutlich ins Autonome Zentrum zu flüchten, wie es im Polizeibericht heißt.

RNZ vom 03.01.98.

Internationaler Tag der Menschenrechte

Um den ***Internationalen Tag der Menschenrechte*** *(10.12.1997) auf möglichst breiter Basis auch ins Bewußtsein der Heidelberger Öffentlichkeit zu transportieren, führten die* Autonome Antifa HD, *der* Antifa Ak an der Uni HD, *das* Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen HD *und die* Rote Hilfe, Ortsgruppe HD *in der Zeit zwischen 7. und 13.12.1997 diverse Veranstaltungen (Filmvorführungen, Diskussionen, Infostände, Agit-Prop-Aktionen ...) durch, auf die ja auch in der Dezember-*Sabotage *hingewiesen wurde. Leider sind die meisten dieser Veranstaltungen aufgrund des mangelhaften Erscheinens interessierter Menschen sang- und klanglos untergegangen, obwohl sie teilweise sehr gut vorbereitet waren. Am zu schwachen Rütteln der Werbetrommel lag es aber bestimmt nicht. Eher dann schon an der inhaltlichen Ausrichtung: Für Themen wie „*Nordirland*", „*Rassismus bei Polizei und Justiz*" *oder „*Abschiebepraxis in der BRD*" scheint in der vorweihnachtlichen Besinnungslosigkeit Heidelbergs wohl kein Platz zu sein; auch bei sogenannten progressiven Kräften nicht. Der Konsumterror erfaßt die Massen und produziert eine Blindheit für alles außerhalb des eigenen Radius' Liegende. Um dieser (mit dem „christlichsten aller Feste" verschleierten) Ignoranz ein Stück weit entgegentreten zu können, drucken wir im folgenden den von der* Autonomen Antifa HD *direkt zum 10.12.1997 geschriebenen, aber dann wegen des zu schlechten Wetters doch nicht verteilten Text zum* ***Internationalen Tag der Menschenrechte*** *ab, der einen „gelungenen" Übergang zum daran anschließenden „*Kein Mensch ist illegal*"-Artikel bildet.*

-Sabotage

»In vielen Ländern und auch in vielen Städten der BRD [fanden am 10.12.1997] öffentliche Aktionen statt, um auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und sie anzuklagen. Wir [hatten] uns dieses Jahr dazu entschieden, die Asylpolitik der BRD zu unserem Schwerpunktthema am 10.12. zu machen.

Seit 1993 das Grundrecht auf Asyl so beschnitten wurde, daß wir (und nicht nur wir) davon sprechen, daß es faktisch abgeschafft ist, werden die Politik und die Praktiken der BRD, die gegen Flüchtlinge angewendet werden, kaum mehr öffentlich thematisiert. Wenn das Bundesinnenministerium bekanntgibt, daß die Zahl der Asylbewerber in der BRD 1997 den niedrigsten Stand seit der Änderung des Grundrechts auf Asyl erreicht hat, wird dies als Erfolg gefeiert. Die individuellen Schicksale und die politischen und wirtschaftlichen Ursachen, die zu Flucht führen, also Menschen aus ihrer Heimat vertreiben, bleiben unerwähnt. Um so erfreulicher und überraschender, daß sich in Heidelberg in den letzten Monaten eine engagierte Bewegung für die Wiedereinreise von Fena „Neshe" Özmen gebildet hat. Anscheinend war es nötig, die unmenschliche Praxis der BRD in einem besonders deutlichen Fall aufzuzeigen, damit sich wenigstens einige Menschen dazu bringen ließen, endlich aktiv zu werden. Auch wenn wir die Arbeit des „Initiativkreises" für richtig und unterstützenswert halten, müssen wir doch zu bedenken geben, daß der „Fall Neshe" keineswegs ein Einzelfall ist, wie selbst der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Oettinger zugab. Für ihn ist das allerdings ein Grund, sich gegen die Wiedereinreise von Neshe auszusprechen, weil sonst ein Präzedenzfall geschaffen wäre. Wollen wir es hoffen. Vielleicht könnte ein solcher Präzedenzfall eine neue Diskussion über die Asylpolitik der BRD anfachen. Sie ist heute nötiger denn je.

„Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen." So lautet Artikel 14 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.

Die Bundesrepublik Deutschland formuliert in ihrem Grundgesetz ausdrücklich eine Verbindung zwischen Verfassung und Menschenrechte.

So lautet Art.1 Abs.1 *„Die Würde des Menschen ist unantastbar"*.

In Art.1 Abs.2 bekennt sie sich zu *„unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt"*.

Art. 2 Abs.2 lautet, *„jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich."*

Mit den 1993 beschlossenen Veränderungen des Asylrechts und deren Bestätigung vom Bundesverfasungsgericht im Mai 1996 werden diese Menschenrechte verletzt.

Das Recht, Art. 16 Abs.1 GG, *Politisch Verfolgte genießen Asylrecht*, welches von den Verfassungsgebern ursprünglich festgesetzt wurde, um eine Lehre aus politischer Verfolgung zu ziehen, wird nun eingeschränkt durch Art. 16 Abs.2:

„Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens und der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist."

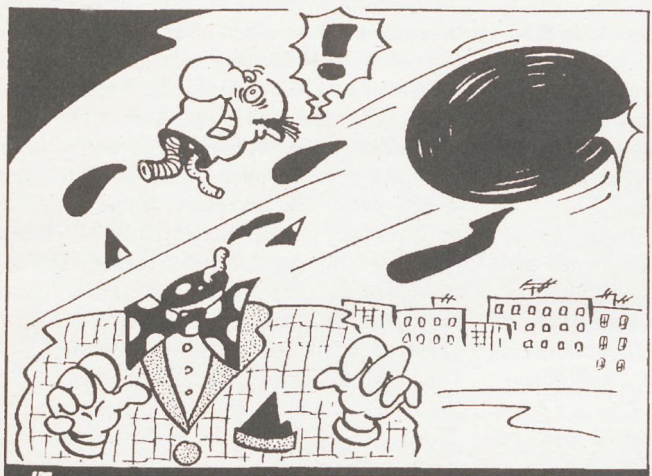
Diese Regelung ignoriert die Tatsache, daß viele der sogenannten sicheren Drittstaaten nicht sicher sind und es weiterhin nicht gewährleistet ist, daß die Flüchtlinge dort Asyl erhalten, sondern die Gefahr besteht, daß sie bis in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden (Kettenabschiebung).

Damit wird ein Grundrecht zur leeren Worthülse. Das Recht auf Asyl existiert faktisch nicht mehr. Es wurde durch ein Recht auf Gnade ersetzt. Und nicht einmal dies ist den Flüchtlingen garantiert. Die realen Chancen, Zuflucht und Aufnahme zu finden, sind geringer den je. Ein großer Teil der Flüchtlinge kann nicht mehr über das Asylrecht geschützt werden. Die Asylpolitik wird im wesentlichen von einer menschenverachtenden Bürokratie bestimmt, die nicht mehr nach dem Individuum fragt, sondern nur das Gesetz vor Augen hat.

Gerade im **Europäischen Jahr gegen Rassismus** darf eine solche Politik nicht hingenommen werden.

Auch hier handelt es sich um eine bloße Worthülse. Wie wenig 1997 die Politik der Bundesregierung von diesem Motto geprägt war, zeigen einige Beispiele.

Die Mißachtung der Menschenwürde, die in der Änderung des Asylgesetzes zum Ausdruck kommt, ist in der Praxis Realität geworden und überträgt sich auf andere Bereiche, wie etwa auf das Ausländerrecht.



LP
Scharfe Scheiben aus dem Untergrund · Records · CD's
LP SCHALLPLATTEN-LADEN BERGHEIMERSTRASSE 29
69115 HEIDELBERG TELEFON 06221 / 16 16 94

Am 14. März billigte der Bundesrat die Einführung der Visumspflicht für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei, Ex-Jugoslawien, Marokko und Tunesien als ArbeitsmigrantInnen in die BRD gekommen sind. MigrantInnen und Flüchtlinge müssen Sondergesetze zur Sozialhilfe, massive Einschränkungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, ständige Unsicherheit und drohende Abschiebung, die Unterbringung in Sammellagern und Inhaftierung in Abschiebeknästen erdulden.

Rassistische Morde, Anschläge und Übergriffe, Beleidigungen und Demütigungen kennzeichnen einen rassistischen Alltag in der BRD und klingen angesichts des europäischen Jahres gegen Rassismus mehr als zynisch. Weiterhin setzten zu Beginn des Jahres 1997 die Massenabschiebungen der bosnischen Flüchtlinge ein.

Ebenfalls in diesem Jahr, beschloß die BRD Abschiebeabkommen mit einigen Ländern, die alles andere als sicher zu bezeichnen sind. Zum Beispiel Algerien. Immer wieder wurden im Verlauf dieses Jahres Einzelfälle von menschenverachtenden Abschiebungen, wie etwa der Fall der Heidelberger Schülerin Fena Özmen, bekannt.

„Wirtschafts"flüchtlinge

Einer der am häufigsten angeführten Gründe für die Neuregelung des Asylrechts 1993 war die Behauptung, die meisten Menschen, die in der BRD Asyl beantragen, seien keine wirklichen politischen Flüchtlinge, sondern „Wirtschaftsflüchtlinge". Folglich hätten diese Menschen kein Recht, in der BRD zu bleiben, da die BRD nicht in der Lage sei, alle Menschen, die aus ihrem ökonomischen Elend fliehen, „durchzufüttern" und es außerdem nicht einzusehen sei warum die deutsche Bevölkerung die wirtschaftlichen Mißstände in anderen Ländern, für die sie schließlich nicht die Verantwortung trage, aufzufangen. Dabei werden unterschwellig zwei Behauptungen transportiert, die der Realität nicht im entferntesten entsprechen. Erstens kommen von den Millionen Flüchtlingen auf der Welt, die vor Armut, Hunger und Elend fliehen nur ein minimaler Anteil nach Europa und noch weniger in die BRD. Die größten Wanderungsbewegungen spielen sich innerhalb der sogenannten Dritten Welt ab. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß die BRD „alle" Flüchtlinge zu versorgen hätte. Ganz im Gegenteil, die Kosten, die die BRD zu tragen hatte, fielen im Etat der BRD niemals schwerwiegend ins Gewicht. Zweitens, und das ist wohl die dreisteste aller Behauptungen, die von BRD-Politikern in diesem Zusammenhang aufgestellt wurde, tragen die Menschen in der „dritten Welt" keineswegs die Hauptverantwortung für die ökonomischen Mißstände

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum

Neu!

ARNie INFO EXPRESS

Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presseschau
und den aktuellen Ansagen des Infotelefon Garfield
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informations-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben
❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach

in ihren Staaten. Das Weltwirtschaftssystem, das inzwischen untrennbar verflochten ist, basiert auf den Grundlagen jahrhundertelanger kolonialer und imperialistischer Ausbeutung.

Seit Beginn der kolonialen Ausdehnung Europas auf fast alle Länder der Welt und ihrer militärischen Unterwerfung errichteten die europäischen Staaten ein System der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, an dem sich bis zum heutigen Tag wenig geändert hat. Daraus folgt unserer Meinung nach konsequenterweise, daß die Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Fluchtgründen eine künstliche ist. Politik und Wirtschaft sind nicht zu trennen, da die Politik der westlichen Staaten lediglich der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts auf globaler Ebene bedeutet. Die BRD hat die Folgen der jahrhundertelangen Ausbeutung der „Dritten Welt" zu tragen.

Wir fordern deshalb ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge, egal ob sie aus „wirtschaftlichen" oder „politischen" Gründen geflohen sind.

Die Angstkampagne

Einen entscheidenden Beitrag zur Durchsetzung der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl lieferten die Medien. Mit unsäglichen, rassistischen Kampagnen schufen (und schaffen) sie ein Klima der Angst in der bundesdeutschen Bevölkerung. Die Beispiele sind unzählbar. Von „rumänischen Schlepperbanden", der „Russenmafia", der „vietnamesischen Zigarettenmafia" ist da die Rede. Ganze Bevölkerungsgruppen werden über einen Kamm geschert. Während bei einem deutschen Drogenhändlerring niemand auf die Idee kommen würde, von einer „Deutschenmafia" zu sprechen, ist dies bei nichtdeutschen Gruppen die Regel. Bei jeder Nachrichtenmeldung über ausländische Kriminelle wird stets die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität hervorgehoben, als ob dies in irgendeinem Zusammenhang mit ihren Taten stehen würde und die Schwere ihrer Tat steigern würde. Das dramatische an der Entwicklung der letzten Jahre ist vor allem die Tatsache, daß sich die gesamte Medienlandschaft in der Verwendung solch rassistischer Kriterien kaum noch unterscheidet. Daß die BILD-Zeitung mit solchen Mitteln arbeitet, ist weder neu noch überraschend, was diese natürlich nicht entschuldigt. Daß jedoch einstmals „liberale" Publikationen - wie z. B. der SPIEGEL mit seinem „Das Boot ist voll"-Cover - der rassistischen Angstkampagne die Krone aufsetzten und damit selbst rechtsradikale Blätter rechts überholten, verdeutlicht die Dimension des rassistischen Konsenses in der Mediengesellschaft.

Verweigern Sie sich der Angstkampagne!

Ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen sind nicht „krimineller" als Deutsche.

Flüchtlinge sind keine „Flut", die uns zu überschwemmen droht, sondern Menschen, die ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben haben.«

Rassismus bekämpfen auf allen Ebenen!

Autonome Antifa Heidelberg

Kein Mensch ist illegal

Um die politische und praktische Unterstützung illegalisierter Menschen zu forcieren, in den politischen Diskurs über „Illegalität" zu intervenieren, Gruppen, die bereits Unterstützungsarbeit leisten, besser zu vernetzen und interessierten Organisationen/Einzelpersonen ein Forum für Mitarbeit zu bieten, hat die ***Initiative „Kein Mensch ist illegal"*** *des* Bundesweiten Koordinationstreffens antirassistischer Gruppen *am 29.06.1997 auf der* documenta X *in Kassel ihren Aufruf vorgestellt. Diesen Aufruf dokumentieren wir im folgenden mit der Bitte, ihn nach Möglichkeit mit Unterzeichnungsanträgen und/oder Spenden* aktiv *zu unterstützen. Die in Frankreich entstandene, an einigen Punkten sehr erfolgreiche Massenbewegung der „sans" - sans papiers, sans logis, sans travail ... - hat gezeigt, daß eine politische Initiative, die die „effektivste Form sozialer Entrechtung im Kontext aktueller Deregulierungsprozesse" auf möglichst breiter Basis thematisiert, auch in der nach Weltmacht strebenden, rassistisch reglementierten BRD ihre volle Legitimation hat. Das autonome Redaktionskollektiv der* Sabotage *unterstützt - gerade auch im Hinblick auf die sich hier in Heidelberg engagierende Bewegung für die Wiedereinreise Fena Özmens - die bundesweite „* ***Kein Mensch ist illegal*** *"-Kampagne.*

-Sabotage

» MigrantInnen und Flüchtlinge sind in Europa unerwünscht. Nachdem es für sie nahezu unmöglich ist, auf legalem Weg hierher zu fliehen, einzureisen oder einzuwandern, ist die Überschreitung der Staatsgrenzen nur noch „illegal" möglich und nicht selten mit tödlichen Gefahren verbunden.

„Illegal" wird, wer bleibt, obwohl der Aufenthalt nicht mehr erlaubt, gestattet oder geduldet ist. Systematisch werden die verbliebenen Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten reduziert. So wird eine immer größere Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen. Grenzen trennen nicht mehr nur Territorien, Grenzen trennen Menschen. Grenzen verlaufen überall: im Sozialamt wie auf dem Bahnhof, in der Innenstadt wie an der Staatsgrenze. Die Grenze ist überall, wo Menschen befürchten müssen, nach Papieren gefragt zu werden. In entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status zu leben, bedeutet die ständige Angst vor Denunziation und Erpressung, weil die Entdekkung Bestrafung, Abschiebehaft oder die sofortige Abschiebung zur Folge hat. Es bedeutet völlige Schutz- und Rechtlosigkeit ge-

Illegalität wird produziert

MigrantInnen in entrechtetem, ungesichertem oder illegalisiertem Status gehören in allen Ländern Westeuropas zur gesellschaftlichen Realität. Mit der Abschottung Europas nach außen wurden die Asyl- und Ausländergesetze weiter verschärft.

Menschen werden systematisch zu Illegalen gemacht:

- Den meisten Nicht-EU-MigrantInnen und Flüchtlingen wird die legale Einreise in die BRD verweigert; kommen sie dennoch über die Grenzen, gelten sie als illegal
- Asylanträge werden zu 80-90% abgelehnt; wenn sich die Betroffenen der Abschiebung entziehen, werden sie zu Illegalen.
- Erteilte Visa und Aufenthaltstitel sind an einen definierten Zweck und eine festgelegte Dauer gebunden. Überschreiten Nicht-EU-StudentInnen ihre Studienzeiten, lassen sich MigrantInnen von deutschen EhepartnerInnen scheiden oder werden „SaisonarbeiterInnen auf dem legalen Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht, werden sie zu Illegalen.

genüber Behörden, Arbeitgebern und Vermietern, aber auch im Falle von Krankheiten, Unfällen oder Überfällen. Es bedeutet auch, soziale Kontakte fürchten zu müssen. Kinder können keine Schule und keinen Kindergarten besuchen, Jugendliche keine Ausbildung anfangen. Es bedeutet, ständig auf der Hut zu sein. Im Kampf gegen Rassismus wird es immer wichtiger, MigrantInnen in ihren Kämpfen gegen Illegalisierung und für ihr Recht, überhaupt Rechte zu haben, politisch und praktisch zu unterstützen. Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren. Deshalb rufen wir dazu auf, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen Arbeit und Papiere zu verschaffen. Wir rufen dazu auf, MigrantInnen medizinische Versorgung, Schule und Ausbildung, Unterkunft und materielles Überleben zu gewährleisten. (...)

Ein System der Hierarchisierung von Rechten, das sich in einer Sondergesetzgebung für MigrantInnen und dem vom Aufenthaltstitel abhängigen Zugang zu Rechten ... ausdrückt, findet hier in der Verweigerung von jeglichen Rechten seine Zuspitzung. Der Verweigerung von Rechten soll die Forderung nach einem Recht auf Rechte entgegengestellt werden.«

> „Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?"
>
> (Elie Wiesel)

Wenn ihr die dezentral agierende Initiative **„Kein Mensch ist illegal"** unterstützen wollt, dann könnt ihr euch an folgende Adresse wenden:

Initiative Kein Mensch ist illegal
c/o **FFM**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Tel.: 0172 - 8910825 (Di. 18-21.00 Uhr)
Fax: 0561 - 713458 (BARI Kassel)
eMail: grenze@ibu.de

Spenden gehen an:
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e. V., Stichwort *Kein Mensch ist illegal*, Kto.-Nr. 61 00 24 264, BLZ 100 500 00

VEB laut & lästig Konzerte und mehr

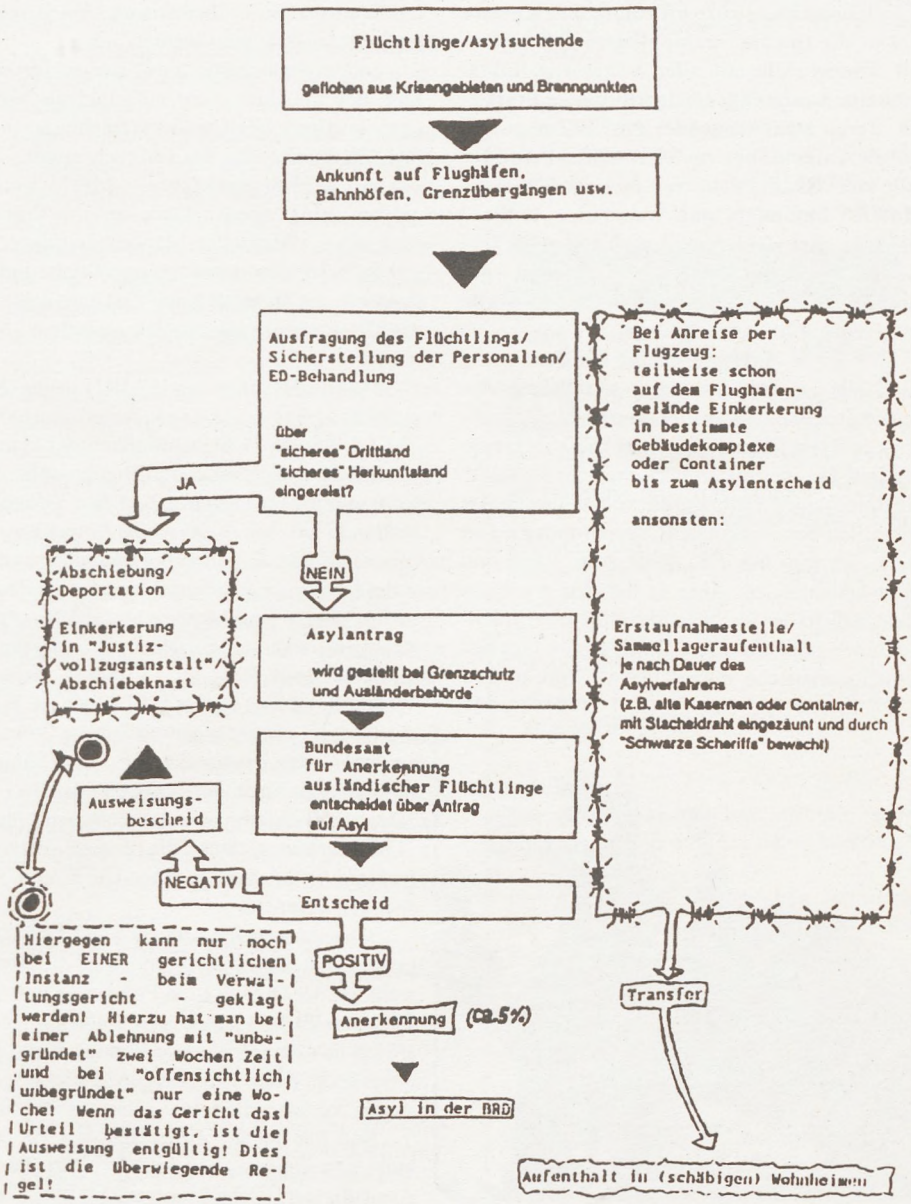
...unsere Idee ist es nach wie vor Politik, gute Stimmung und Gegenkultur miteinander zu verbinden.

Antifaschistischen, anarchistischen und autonomen Gruppen bieten wir eine Plattform für Gegenöffentlichkeit und unterstützen sie durch Spenden.

Wir suchen weiterhin Bands !

VEB laut & lästig c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binder-Str. 10 67063 Ludwigshafen

Das Asylverfahren in Deutschland 1997



Soldaten sind ...[1]
Die Bundeswehr ist ...[2]

Es kommt nicht allzu oft vor, daß Ereignisse an die (medial manipulierte) Öffentlichkeit dringen, die mit aller Vehemenz link(s-radikal)e Analysen jener Institutionen bestätigen, deren staatstragendes Positiv-Image gegen alle Anfeindungen gefeit zu sein scheint: Im Falle der Bundeswehr tut es uns selbstverständlich besonders gut, wenn hier medienwirksam „Schweinereien" zu Tage gefördert werden, von denen wir zwar schon immer gewußt haben, die wir aber nie in diesem Maße beweisen/publik machen konnten.

Der große Aufschrei selbst bei denen, die (unter eigener Zuhilfenahme rassistischer Ausgrenzungsmethoden) von der „pluralistisch" strukturierten Rechts-Staatlichkeit der BRD überzeugt sind und in „unserer militärischen Streitmacht" prinzipiell einen Garanten für die Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sehen (*Stern, Spiegel, taz, FR,...*), ist zwar durch und durch heuchlerisch. Aber er hat den positiven Effekt, daß die der Wehrmachtstradition verpflichtete Bundeswehr als offen militaristische, aggressiv-nationalistische, imperialistische Streitmacht auf breiterer Basis thematisiert und insgesamt *endgültig* diskreditiert werden kann.

Roeder BLUTet auf deutschen BODEN

Selbstverständlich, „uns" war schon immer klar, daß die Budeswehr aufgrund der von ihr (gerade in letzter Zeit wieder vermehrt) ausgehenden „Verherrlichung der verbrecherischen deutschen Militärgeschichte, [der] neue[n] aggressive[n] Militärdoktrin und der Propagierung alter soldatischer Manneszuchtideale [attraktiv für] rechtsorientierte Jugendliche und neofaschistischeOrganisationen"[3] ist und bleibt, aber nie hätten wir das glaubhafter vermitteln können als heute:

Manfred Roeder, ein seit 1971 in der rechtsextremen Szene aktiver Neonazi, hat am 25.01.1995 vor 31 Stabsoffizieren der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr einen Vortrag mit dem Thema *„Die Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg"* gehalten. Als Rädels-Führer der für mehrere Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge auf AsylbewerberInnenheime und Morde an zwei Vietnamesen verantwortlichen „Deutschen Aktionsgruppen" wurde er dann 1982 zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, saß aber nur bis 1991 im Knast. Wieder draußen, gründete der neonazistische Wort-Führer einer „Re-Germanisierung" des Kaliningrader Gebietes im früheren Ostpreußen 1993 das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk", das zur „Leistung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung in Nord-Ostpreußen" seither Geld- und Sachspenden sammelt.

„Das Auswärtige Amt erkannte 1994 »dringendes Bundesinteresse« und wies die Bundeswehr an, der Organisation Fahrzeuge und Gerät für etwa 20 000 Mark zu überlassen. Darauf erhielt das braune Netzwerk einen Lkw, einen »Itis«-Jeep, einen Kübelwagen sowie ausgemustertes Werkzeug für seine »Mission« im Osten."[4]

Daß nun gerade dieser seit fast 30 Jahren bundes-/europaweit bekannte Neonazi „über die Ansiedlung deutschstämmiger Menschen in dem heute zu Rußland gehörenden Gebiet ... referie-

ren“[5] durfte, ist vielleicht - auf den *allerersten* Blick - etwas Nichtalltägliches (selbst bei der Bundeswehr), aber im Grunde genommen - bei *genauerem* Hinsehen - nur die Spitze eines reaktionären Eisberges:

- Die 1955 gegründete Bundeswehr verherrlicht *alle* imperialistischen Feldzüge ihrer Vorläuferinnen.
- Um die historische Kontinuität zur (nationalsozialistischen) Wehrmacht zu verdeutlichen, sind „allein 37 Kasernen ... nach Offizieren aus Hitlers Armee benannt, 40 weitere nach Eroberern früherer Epochen“[6]. (Beispiele hierfür sind General von Haeseler, Ludendorff, Mackensen, Lettow-Vorbeck und Tirpitz.)
- Als „der konkreten Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet[e]“ Militärorganisation, die sich an der „ethisch brisanten Besonderheit des Soldatendaseins“ orientiert, läßt sie über ihre Publikationen[7] nicht „nur“ imperiale Ziele, sondern auch offen nationalistisches und rassistisches Gedankengut propagieren.

Und wenn dann ein Neonazi ein Referat über ein in weiten Kreisen der BRD moderates und auch von bürgerlich etablierten Vertriebenenverbänden gepushtes Thema hält und damit prahlen kann, daß sein regermanistisch-volkstümlicher Förderverein staatlich-stattlich bezuschußt wird, dann ist das nur die letzte Konsequenz einer aus Imperialismus, Chauvinismus, Militarismus, Aggression und Manneszuchtidealismus zusammengeschweißten „starken (Mörder-)Truppe“, der wir den sofortigen Tod wünschen...

Autonomes Redaktionskollektiv

Anmerkungen:

1 Hier kann folgendes eingefügt werden: Mörder, Nazis, Vergewaltiger, Manneszuchtideale oder Aggressoren.

2 Hier kann folgendes eingefügt werden: nationalistisch, faschistoid, rassistisch, chauvinistisch, imperialistisch, militaristisch oder kriegsverherrlichend.

3 NGR Pressebüro der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (Hrsg.): *„Szenen einer Nähe - die Bundeswehr und die Rechtsextremisten“*, Broschüre von 1997

4 Leif Allendorf: *„Ein bundesweit bekannter Neonazi. Was die Bundeswehr über ihren Referenten Roeder nicht wissen wollte“*, **junge Welt**, Mittwoch, 10. Dezember 1997, Nr. 287, Seite 6 (Rubrik *politik*)

5 ebd.

6 NGR Pressebüro der VVN / BdA (Hrsg.): *„Szenen einer Nähe“*, a. a. O. (Anmerkung 3)

7 z. B.: „Information für die Truppe“, „Die Gebirgstruppe“, „Das Weißbuch der Bundeswehr“

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

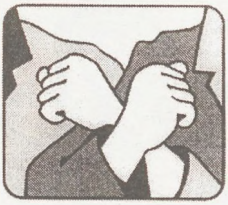
PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg



Neuerliche Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes

Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Heidelberg vom 06.12.97. In der Woche davor fand in Heidelberg ein neuer Versuch des Verfassungsschutzes statt, einen jungen Menschen zu Spitzeldiensten zu überreden. (siehe nächste Seite) Dies war der dritte bekannt gewordene Anwerbeversuch 1997 und der 18te in den letzten vier Jahren.

-Sabotage

Wie von der Roten Hilfe Heidelberg in einer Broschüre dokumentiert, ist der Verfassungsschutz in der Region Heidelberg und Mannheim, sowie im Rhein-Neckar-Raum seit 1994 wieder verstärkt aktiv. Bei den von den Damen und Herren des Landesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesamtes umworbenen Personen ist auffällig, daß sie immer jünger sind. Die Mehrheit der Angesprochenen war unter 20 Jahre oder knapp darüber.

Diese jungen Menschen engagieren sich gegen Atomtransporte, für selbstverwaltete Zentren, Antifa-Arbeit oder in der Antirepressionsarbeit der Roten Hilfe.

Allein dieses Engagement rückt sie ins Visier der Verfassungsschützer.

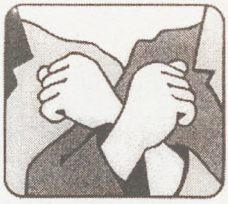
Der Fall des zuletzt angesprochenen jungen Mannes aus Heidelberg ist symptomatisch für die Vorgehensweise des VS:

Ein Herr um die 30 klingelt an der Wohnungstür, zückt seinen Dienstausweis und versucht, mit der Zielperson ins Gespräch zu kommen. Dabei offenbart der VS-Mann in der Regel genaue Kenntnisse über die persönliche Situation, das private Umfeld und die politischen Aktivitäten der angesprochenen Person.

Ziel dieser Anwerbeversuche ist, über politische Aktivitäten der jeweiligen Szene Informationen zu bekommen. Dabei wird nicht nur billigend in Kauf genommen, daß die betroffene Person Spitzeldienste in ihrem privaten wie politischen Freundeskreis ausführen soll, sondern es wird gezieltes Denunziantentum durch finanzielle Anreize gefördert.

Neben finanziellen Angeboten kommt es sehr häufig auch zu Drohungen oder Versprechungen in bezug auf mögliche Ermittlungen gegen die betreffende Person.

Der Erfolg eines Anwerbeversuches ist in der Regel sehr gering. Aber da der Verfassungsschutz zu Hause, auf der Arbeits- oder Ausbildungsstelle, vor der Schule oder in der Wohngemeinschaft vorstellig wird, erreicht er durch sein bloßes Erscheinen unter Umständen Verunsicherung oder häusliche wie berufliche Probleme für die Angesprochenen.



In den vergangenen Monaten gab es eine Fülle von Berichten über die Arbeitsweise der Staatssicherheit in der DDR. In diesen Veröffentlichungen, die in erster Linie der Hetze gegen die DDR und ihre BürgerInnen diente, wurde bewußt unterschlagen, daß in der BRD ein Spitzelsystem installiert ist, welches nicht davor zurückschreckt, auch Jugendliche zu Denunziantendiensten anzuwerben. All jene, die mit dem moralischen Zeigefinger entrüstet auf die DDR zeigen, sollten sich einmal genauer mit den Zuständen in der BRD beschäftigen. Die Ortsgruppe Heidelberg der Roten Hilfe e.V. hat zu diesem Thema eine Broschüre mit dem Titel „*Verfassungsschutzbericht. Ein Blick auf die Arbeit eines Geheimdienstes im Raum Heidelberg*" herausgebracht, die die Praktiken des VS ebenso darstellt wie auch die historische und personelle Kontinuität von Nazideutschland bis heute.

Ebenso enthält die Broschüre Informationen für Betroffene zum Thema VS. Desweiteren hat der Bundesvorstand der Roten Hilfe eine zentrale Sammelstelle zur Dokumentation von Anwerbeversuchen durch den Verfassungsschutz und die politische Polizei eingerichtet, an welchen sich alle Betroffenen wenden sollten.

Die Rote Hilfe e. V. fordert alle Betroffenen auf, jedes Gesprächsangebot entschieden zurückzuweisen, den Versuch öffentlich zu machen und sich einer Mitarbeit bei der Bespitzelung anderer Menschen zu verweigern.

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Heidelberg
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verfassungsschutz wieder auf Hausbesuch!

Am Donnerstag, den 20.11.97 ging der uns mittlerweile gut bekannte Kurt Marek, seines Zeichens Profi-Spitzel beim VS, mal wieder auf die Pirsch. Um 9.50 Uhr wurde er an der Wohnung des 22jährigen Studenten S. aus Heidelberg vorstellig. Marek kam gleich zur Sache, behauptete, daß der Student im Castor-Widerstand aktiv sei, und wollte sich mit ihm mal darüber unterhalten. S. selbst sei ja friedlich, aber ob er nicht doch etwas über den militanten Widerstand erzählen könne.

Tja, Kurt, das war wohl wieder nichts: S. lehnte ab, sich mit dem Schnüffler zu unterhalten, egal, um was es gehe.

Die Rote Hilfe begrüßt die richtige Reaktion des Studenten selbstverständlich, denn weiterhin gilt:

- ★ Der VS hat keine rechtliche Handhabe, euch/dich zu einem Gespräch zu zwingen
- ★ Nichts sagen, nur das ist sicher. Schon ein scheinbar belangloses Gespräch mit dem VS kann diesem wichtige Informationen liefern, auch wenn euch/dir das erstmal nicht so vorkommt
- ★ Nichts scheut der VS so sehr wie das Licht der Öffentlichkeit: Macht Anquatschversuche öffentlich und wendet euch an die Rote Hilfe - Ortsgruppe Heidelberg
- ★ Ob gewaltfrei oder militant - wichtig ist der Widerstand!
- ★ Solidarität ist eine Waffe!

Rote Hilfe OG Heidelberg

Das Autonome Zentrum im Januar

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Do		**18 So**	20.00 **Spieleabend** und **Kneipe** mit der **SO-Crew** 21.00 **Informationsveranstaltung** zur Demo gegen den NPD-Kongreß am 07.02. in Passau
2 Fr		**19 Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!** **TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do-So)**
3 Sa		**20 Di**	18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe der **Gewaltfreien Aktionsgruppe**
4 So	11.00 **Frühstücks-Buffet** 20.00 Café **ARAVANADI**: **„Schwäbischer Abend“** mit Kässpätzle-Vokü	**21 Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)** 20.00 **Konzert** mit Attila the Stockbroker's **BARNSTORMER**
5 Mo	12.00 **Neujahrsbrunch** auf der FrauenLesben-Etage **Mafalda**: Die Mafaldas bringen Kaffee und Milch mit	**22 Do**	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
6 Di	18.30 **Theatergruppe**	**23 Fr**	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film ab: 21.00 **„Oktober“** (UdSSR 1927, Regie: Sergej M. Eisenstein)
7 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)** **TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Do - So)**	**24 Sa**	19.00 **Informationsveranstaltung** „Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen!“ 22.00 **Disco** mit der **Manischen Weststadt**
8 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben	**25 So**	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: **Arabische Nacht** mit den Köchen **Bassam** und **Wissam**

Do	20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
9 **Fr**	20.00 Kneipe der **Autonomen Antifa**
10 **Sa**	
11 **So**	20.00 **Lauschiger Abend** mit der **SO-Crew**
12 **Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
13 **Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do+So)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe "**Manische Kultgruppe**"
14 **Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
15 **Do**	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **Spieleabend mit Cocktail-Bar**
16 **Fr**	21.00 **FrauenLesben Disco**
17 **Sa**	

So	Köchen **Bassam** und **Wissam**
26 **Mo**	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
27 **Di**	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di+Do)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 **PicNik mit NicNik**
28 **Mi**	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
29 **Do**	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit **EGATOBAS**
30 **Fr**	22.00 **HUNDERT JAHRE DRACULA** **„Tanz der Vampire-Party im Keller"** (echte Blutsauger: Eintritt frei!)
31 **Sa**	23.00 **shut up and dance!** big beat, dab, drum 'n' bass **(Jetzt monatlich immer am letzten Samstag)**

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

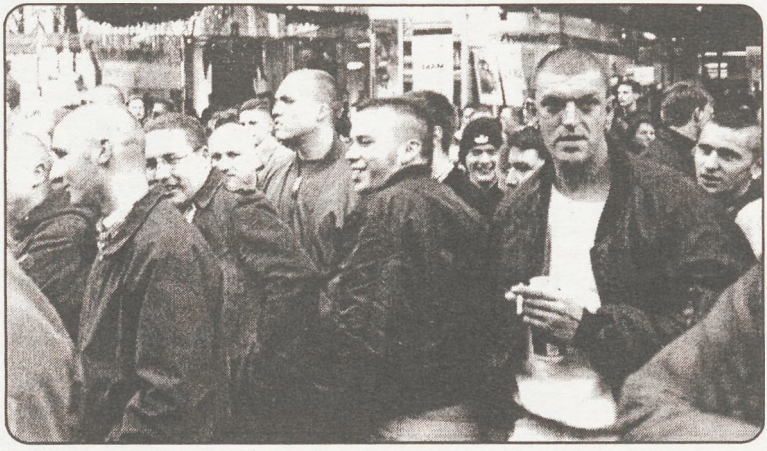
Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

Kein Fußbreit den Faschisten in Mannheim und anderswo!

Am Samstag, dem 13 Dezember 1997 wagte sich die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zum ersten Mal seit fünf Jahren (laut *Mannheimer Morgen*) in die Öffentlichkeit der Mannheimer Innenstadt. Sie hatte für diesen Tag einen Informationstisch mit Kundgebung bei der Stadt Mannheim angemeldet. Das Motto lautete „Kein Blut für Öl", womit sich die Rechten, wie auch schon drei Wochen zuvor in Stuttgart, gegen die geplante Intervention der USA in den Irak wandten. In Stuttgart konnten sich die FaschistInnen gegen eine versuchte Beendigung der Kundgebung durch Antifas wehren und ihre Aktion als Erfolg verbuchen.

Auch diesmal liefen sie mit ca. 50, vornehmlich jungen Nazis in der Mannheimer FußgängerInnenzone auf und fingen an, ihre Flugblätter - u. a. mit der Überschrift „Ausländer raus" - an PassantInnen zu verteilen. Doch auch diesmal blieben sie nicht ungestört. Kurz nach 14.00 Uhr versammelten sich in der Nähe des Infostandes ebenfalls ca. 50 Antifas, die sich dann geschlossen vor den Nazis aufbauten, um ihnen die Öffentlichkeit zu nehmen. Zu einer Konfrontation kam es allerdings nicht, da sofort die anwesende Polizei einschritt und sich zwischen Nazis und GegendemonstrantInnen stellte. Die Rolle der Polizei wurde sehr schnell klar; wie so oft fing sie an, die Faschisten vor einer immer größer werdenden Gruppe von antifaschistischen Menschen zu schützen. Fast 200 MannheimerInnen unterstützten die Antifas in ihrem Protest und drückten durch Parolen ihren Unmut darüber aus, daß die Stadt Mannheim Nazis Raum für ihre Inhalte gewährt. Für die Nazis war es jedoch kaum noch möglich, ihre menschenverachtende Propaganda zu verteilen, und auch ihre Kundgebung, die von dem NPD / JN-Kader Alexander Feyen abgehalten wurde, ging in den antifaschistischen Parolen unter. Als sich die Situation zuzuspitzen drohte und der Polizeieinsatzleiter erkannte, daß solch ein Ereignis in der vorweihnachtlichen Zeit dem Image der Stadt Mannheim nicht sonderlich zuträglich ist, wurde der Anmelder der Kundgebung, ein gewisser Herr Layer, aufgefordert, die Veranstaltung abzubrechen. Nach eineinhalb Stunden wurden dann die Nazis von der Polizei in Sicherheit gebracht und an den Mannheimer Hauptbahnhof zu ihren Fahrzeugen gefahren.



Mannheim 13.12.97; ein Haufen Neonazis leicht verwirrt und verärgert

Diese Aktion ist nicht isoliert zu bewerten, der Auftritt der NPD in Mannheim steht im Zusammenhang mit dem offensichtlichen Erstarken von Neonazistrukturen im Mannheimer Raum und der gesamten Rhein-Neckar-Region. Beispielhaft ist hierfür der zunehmende Ter-

ror, den Naziskins in der Öffentlichkeit ausüben; wie - die letzten Monate - am Mannheimer Hauptbahnhof, auf Waldhofspielen, oder wie beim Überfall von 50 Nazis auf das Weinheimer Jugendcafé „Café Central" am 26. Dezember. (Siehe Chronologie)

Fast überall tauchen Verbindungen in das organisierte Nazispektrum - v. a. JN/NPD - auf; fast überall ist eine Zunahme an Koordination und Brutalität zu verzeichnen. Und auch diese Ereignisse stehen nicht isoliert da, ähnliche Entwicklungen sind in ganz Süddeutschland bzw. bundesweit festzustellen.

Die Verhinderung der NPD-Kundgebung am 13.12. werten wir als einen Erfolg. Der organisierten Rechten wurde wieder einmal gezeigt, daß wir ihr keine Möglichkeit geben, ihr menschenverachtendes Gedankengut an die Öffentlichkeit zu tragen. Wir haben es geschafft, viele neue Leute in die Aktion mit einzubinden und noch mehr durch die antifaschistische Aktion direkt vor Ort anzusprechen. Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack, die momentane Situation läßt kaum Grund für Jubel zu. Es ist bezeichnend, daß die NPD fast 50 Skinheads für ihre Aktion mobilisieren konnte, und diese Entwicklung scheint nicht gerade rückläufig zu sein.

Es sind deshalb alle gefragt, Initiative zu ergreifen und in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Parole „Kein Fußbreit den Faschisten" wieder wahr wird. Achtet auf Ankündigungen von Aktionen.

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Nazi-Aktivitäten in der Region 1997 - Ein Überblick

Den gesamten Sommer über zetteln Skinheads auf Weinfesten in der *Pfalz* Schlägereien an.

17.8.1997: Offensichtlich im Zusammenhang mit dem alljährlich stattfindenden „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" der Nazis nimmt die Polizei in *Ludwigshafen/Mundenheim* insgesamt 16 Skinheads in Gewahrsam, bei denen u. a. rechtsextremes Propaganda- und Tonträgermaterial gefunden wird.

Anfang Oktober 1997: Im *Neuenheimer Feld/Heidelberg* wird eine Person wegen ihrer dunklen Hautfarbe zusammengeschlagen.

In Heidelberg/Handschuhsheim werden zwei ausländerfeindliche Parolen grölende Männer von der Polizei kontrolliert. Unter anderem tragen sie einen Morgenstern bei sich.

18.10.1997: Der Ludwigshafener Skinhead CHRISTIAN HEHL eröffnet in *Ludwigshafen-Mundenheim* einen eigenen Laden namens „Hehl's World".

12.11.1997: Am Mannheimer Hauptbahnhof findet nach einem „Freundschafts"-Spiel des FC Waldhof Mannheim gegen den 1.FC Kaiserslautern eine Großrazzia statt, bei der ca. 60 überwiegend jugendliche Nazi-Skins zwischen 13 und 22 Jahre kontrolliert und größtenteils vorläufig festgenommen werden.

15.11.1997: Am Ende des alljährlich stattfindenden Festivals wird das Café Central in Weinheim von ca. zehn Skinheads überfallen. Ein Konzertbesucher wird auf dem Weg zu seinem Auto zusammengeschlagen.

22.11.1997: Die „JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN" (JN) veranstalten auf dem Stuttgarter Schloßplatz eine Kundgebung unter dem Motto „Kein Blut für Öl". (siehe *Sabotage* 12/97)

An mehreren Wochenenden im Oktober/November tauchen jüngere Nazi-Skinheads vor dem *JUZ Mannheim* auf, um herumzupöbeln und BesucherInnen zu provozieren.

04.12.1997: In *Mannheim/Sandhofen* finden sich an Häusern, Autos und Hoftoren Hakenkreuz- und Judenstern-Sprühereien.

13.12.1997: In der Mannheimer FußgängerInnenzone veranstaltet die NPD einen Infostand mit ca. 40 TeilnemerInnen aus dem überregionalen NPD/JN-Spektrum. (siehe Bericht in dieser *Sabo*)

14.12.1997: Die JN kündigen in *Rimbach/Odenwald* einen Aufmarsch unter dem Motto „Sicherheit für Deutsche auf Deutschen Straßen" an, der jedoch verboten wird und nicht stattfindet.

19.12.1997: Im pfälzischen *Dahn* gibt die Polizei die Ermittlung gegen sieben Angehörige der rechtsradikalen Szene bekannt, die für mehrere Friedhofsschändungen und Beschädigungen an jüdischen Einrichtungen seit 1994 verantwortlich gemacht werden. Sechs der ermittelten Verdächtigen werden der „AKTION SAUBERES DEUTSCHLAND" (ASD) des Ludwigshafener Neonazis ERNST TAG zugerechnet.

Fette Schweine holt der Metzger !

Nazis raus !

26.12.1997: Das *Café Central* in *Weinheim* wird nach Ende eines Konzertes von ca. 40 Skinheads heimgesucht, die im Foyer randalieren, den Hitlergruß zeigend „Auschwitz, Auschwitz" grölen und BesucherInnen angreifen. Laut Aussage eines beteiligten Skinheads war an dem Abend „nur Zecke Klatsche" angesagt. Die Tatsache, daß seit dem Überfall am Abend des Antirassismus-Festivals und an darauffolgenden Wochenenden mehrfach Skinheads - immer kurz vor Veranstaltungsende - im *Café Central* einliefen, um dort herumzupöbeln, und daß am Abend des 26.12. u. a. Skinheads aus anderen Regionen beteiligt waren (Skinheads mit Rheinländer Gau-Dreiecken) lassen auf eine wohlgeplante und koordinierte Aktion der Nazis schließen.

27.12.1997: In *Bad Dürkheim* findet eine Privatparty mit ca. 20 Skinheads statt, die von der Polizei aufgelöst wird.

In *Kirchheim-Bolanden (Nordpfalz)* überfallen 22 Skinheads eine Kneipe, wobei ein 40jähriger schwarzer Amerikaner sowie einer der Skinheads lebensgefährliche Stichverletzungen erleiden. Nach vorläufiger Festnahme und Vernehmung werden alle Skinheads wieder auf freien Fuß gesetzt.

31.12.1997: In *Otterstadt (bei Speyer)* überfallen ca. 20 Fascho-Kids vier Jugendliche und verletzen diese schwer.

Heraus zum revolutionären Antifa-Block auf der Demo zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Wir haben Mitte Dezember einen Brief von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) erhalten, in dem wir darum gebeten wurden, ihren zweiseitigen Aufruf zur Beteiligung an einem revolutionären Antifa-Block auf der Demo zum Gedenken an die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs möglichst ungekürzt abzudrucken. Vor allem, weil sich gerade hier in unserer Gegend in den letzten Jahren immer mehr Menschen für diese traditionsreiche Gedenkveranstaltung in Berlin interessieren und aktiv *daran teilnehmen wollen, kam dieser Brief genau richtig. Wir bedanken uns bei unseren GenossInnen in Berlin und drucken ihren Aufruf nahezu ungekürzt ab.*
*(Besonders interessant finden wir daran, daß die unter dem Kapitel „*Organisiert den revolutionären Widerstand! Antifaschistisch kämpfen!*" zusammengefaßten Ausführungen wie schon im letzten Jahr in das Fazit münden: „**Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**", mit dem wir vor mehreren Monaten einen Abschnitt unseres ausführlichen Selbstverständnisses überschrieben hatten. [siehe* ***DreiSatz.*** Reader für freie linksradikale Kommunikation und Diskussion, *März 1997] Das hat uns noch einmal daran erinnert, daß wir eine größere Debatte über die „Problematik" eröffnen wollten, was es für uns als fundamentaloppositionelle Zeitung heißt, im „bundesrepublikanischen Nationalstaat den primären Referenzpunkt der inhaltichen Arbeit der* Sabotage-*Redaktion" zu sehen. - Anm. d. Red.)*
Da wir allerdings der Meinung sind, daß in diesem Text die Hintergründe der Demo doch etwas zu kurz kommen, haben wir an den Anfang des AAB-Aufrufs Passagen aus dem im 26. ***EinSatz!*** *(Göttingen) erschienenen Artikel „*Der Kampf geht weiter*" gesetzt, die nochmal ein bißchen tiefer in die historische Datenkiste greifen. Wir hoffen, daß den erstmals 1996 durchgezogenen, teilweise äußerst brutalen Polizeiattacken am 11. Januar 1998 mit einer respekteinflößenden Präsenz (autonom)antifaschistischer Gruppierungen/Einzelpersonen von vornherein der Wind aus den Segeln genommen werden kann. WelcheR auf aktuellstem Stand gehalten werden will, die/der kann sich an folgende Infotelefonnummer wenden: 0177 - 4 03 85 06.*
-Sabotage

» Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Auftrag der SPD-Führung von reaktionären Freikorps ermordet. Seitdem finden am Jahrestag Veranstaltungen statt, die nicht nur dem Gedenken der Ermordeten dienen, sondern auch als politische Kundgebungen genutzt werden.

In den Anfangsjahren standen die ... Veranstaltungen im Zeichen der Solidarität mit der Russischen Revolution ... Anfang der 30er Jahre richteten sich die Aktionen dann vor allem gegen den aufkommenden Faschismus. Seit Ende der 20er kam es während der Gedenkveranstaltung immer wieder zu Übergriffen von Polizei und Nazis. Mit der Machtübergabe an die Faschisten wurde die Veranstaltung sofort verboten. Nach der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus fanden im Ostteil Berlins wieder jährliche Demonstrationen ... statt. Mit dem Zusammenbruch der DDR 1989 verschwand die offizielle Gedenkveranstaltung, trotzdem zogen weiterhin Tausende zu der ... „Gedenkstätte der So-

zialisten". Als 1992 das Lenin-Denkmal in Ost-Berlin niedergerissen werden sollte, rief eine „Leninplatz-Initiative" erneut eine Demonstration zur Gedenkstätte ins Leben. Seitdem finden zum Jahrestag der Ermordung wieder sowohl das Gedenken an den Gräbern als auch die politische Demonstration statt. Insgesamt hat sich der Tag damit ... zur größten linken Veranstaltung und zu einem strömungsübergreifenden Sammelpunkt für das gesamte linke Spektrum entwikkelt.«

(aus **Einsatz!** *Zeitung für autonome Politik Göttingen*, Nr.26, Dezember 1997)

» Am Sonntag, den 11. Januar 1998 findet in Berlin die alljährliche Demonstration zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg statt.

Als 1996 erstmalig zum revolutionären antifaschistischen Block auf der Demo aufgerufen wurde, war er Ziel von massiven Übergriffen der Polizei. Diese endeten in der Räumung des Platzes vor der Gedenkstätte; dutzende Menschen wurden verletzt. Die Antwort auf diesen Kriminalisierungsversuch war die Mobilisierung im folgenden Jahr. 10000 Menschen kamen zur bundesweiten Demonstration, davon sammelten sich allein 3000 im revolutionären Antifablock. Die Bündnisdemonstration ist zum Sammelpunkt geworden für alle linken Spektren von sozialistischen Organisationen und Parteien bis hin zu autonomen Antifas. Sie ist damit praktischer Ausdruck unseres Anliegens, mit allen Linken, die eine Alternative zum Kapitalismus erkämpfen wollen, gemeinsam dafür zu arbeiten. Die Gedenkveranstaltung ist heute die größte regelmäßig stattfindende Kundgebung der bundesdeutschen Linken.

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Radikale linke Politik muß Bezüge zur Geschichte herstellen. Linke Geschichte läßt sich nur in ihrer Gesamtheit verteidigen, denn mit all ihren Stärken und Schwächen beinhaltet sie notwendige Erfahrungen, Ansätze und Inhalte, die wir verwerten und weiterentwickeln müssen. Selbstbestimmung, die grundsätzliche Gleichheit der Menschen, der Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, gegen Kapitalismus und Militarismus - offensichtlich haben diese Ziele noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Es war richtig, daß die historische Linke für diese Ziele gekämpft hat und es ist richtig, daß wir die heutigen Verhältnisse verändern wollen - diese Botschaft muß als geschichtlicher Anknüpfungspunkt im Vordergrund stehen. Auf diese Linken, wie es im konkreten Fall Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren, beziehen wir uns, und setzen dabei an für alle Linken relevanten Punkten an. Rosa Luxemburg bietet hierfür viele Anknüpfungspunkte: als Revolutionärin, als Frau, die sich innerhalb der Linken durchsetzen mußte, als Internationalistin, als Vorkämpferin gegen den Militarismus.

Der Kampf geht weiter!

Diese linke Großveranstaltung macht die Kontinuität von Widerstand und das Fortbestehen sozialistischer Ideen deutlich. Nicht nur, daß die Gedenkveranstaltung so zahlreich besucht wird, macht die Brisanz des Tages aus. Erst in der Verbindung des Gedenkens mit den aktuellen politischen Inhalten der Demonstration ... besteht die Ausstrahlungskraft dieses Tages! Mit der gemeinsamen Ablehnung des Be-

stehenden wollen wir in Zeiten der Individualisierung und der absoluten Orientierung auf den Kapitalismus als der Weisheit letzten Schluß einen erfahrbaren sozialen Gegenpol schaffen. Die weltweite Schwächung der Linken und der allgemeine Rechtsruck in der Gesellschaft machen den gemeinsamen Kampf zur notwendigen Grundvoraussetzung. Deshalb organisieren wir uns und versuchen mit allen, die eine Alternative zum Kapitalismus erkämpfen wollen, zusammenzuarbeiten. ... Es ist wichtig, radikale linke Positionen an die Öffentlichkeit zu bringen und der Zersplitterung der Linken durch kontinuierliche Bündnisarbeit entgegenzuwirken. Dazu ist es nötig, offen zu sein für andere Ansätze und Erfahrungen. Verbindend bleibt hier für alle der antikapitalistische Grundkonsens.

Organisiert den revolutionären Widerstand! Antifaschistisch kämpfen!

Auch 1998 wird es wieder einen revolutionären antifaschistischen Block auf der Demonstration geben, zu dem die AA/BO und andere Gruppen aus dem autonomen Antifaspektrum aufrufen. .... [Wir] treten ... als geschlossener Antifablock mit eigenen politischen Inhalten öffentlich wahrnehmbar auf. Verliert dieser Tag die deutliche Verbindung mit linken Inhalten, die über ein bloßes Gedenken hinausgehen, ist er harmlos geworden.

Denn: Der Hauptfeind steht immer noch im eigenen Land!

Ihre „Innere Sicherheit" erschüttern!

Heute wie damals gilt, gegen den deutschen Imperialismus vorzugehen, gegen seine aggressive Politik nach außen und gegen die repressive nach innen. Mit dem Ruf nach „Innerer Sicherheit" wird für die Bekämpfung einer konstruierten Kriminalität der immer stärkere Abbau von Grundrechten und der Ausbau von Polizei und Staatsschutz als Allheilmittel propagiert. Dabei sind immer größere Möglichkeiten der Überwachung für Polizei und Geheimdienst, erst Lauschangriff, jetzt auch noch Spähangriff, für die Öffentlichkeit kaum noch eine Diskussion wert. Die Beschwörungen vielseitiger Bedrohungsszenarien von Politikern und Staatsschützern fallen hier auf fruchtbaren Boden. Zurückgegriffen wird dabei auf eine in breiten Teilen der Bevölkerung bestehende rassistische Einstellung (...). Nationalismus, Rassismus und Militarismus setzen sich hierbei immer unangefochtener als Leitideologien und vermeintliche Lösungsansätze durch. Pogrome gegen Flüchtlinge oder Migranten und Anschläge gegen Linke sind dabei keine Zufälle, sondern logische Folge dieser stärker werdenden Entwicklung nach rechts. Die neue Kampagne der Polizeistrategen nimmt sich New York zum Vorbild, gegen die angeblich ausufernde Kriminalität soll die Vorgehensweise der „zero-tolerance" oder die „Senkung der Schwelle des Eingreifens" (Innenminister Kanther) helfen. Schwerpunkt hierbei: die „Säuberung der Innenstädte", Nichtdeutsche, Bettler, Obdachlose, Drogensüchtige, Schwarzfahrer und „Jugendbanden" heißen die neuen Feindbilder der „Verbrechensbekämpfung". Dabei werden die tatsächlich existierenden Interessenskonflikte und systembedingten Ursachen bewußt verschleiert. Politischer Widerstand soll mit polizeistaatlichen Mitteln zahnlos und unmöglich gemacht werden. Sicherheit für den „Standort Deutschland" soll geschaffen werden, auch in Zeiten, in denen die soziale Polarisierung zunimmt. Alles, was als Bedrohung für die bestehenden Verhältnisse erscheint, nämlich die Proteste gegen die immer deutlicher werdenden sozialen und politischen Konflikte, wird zu „Verbrechen" erklärt, um diesen Widerstand somit legitimiert bekämpfen zu können. Die Lösungen für die Probleme sind eben nicht vom Kapitalismus zu trennen, sie liegen nicht in diesem System! Deshalb muß konsequenter Antifaschismus eine revolutionäre Ausrichtung haben und die Kapitallogik als ganzes in Frage stellen. Das ist unser politisches Anliegen, das wir an diesem Tag auf die Straße tragen.«

Antifaschistische Aktion Berlin
Waldemarstraße 36
10999 Berlin
Tel: (030) 6 15 73 29

Geschichtsunterricht mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation

Als „Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen" *haben wir uns der Aufgabe verschrieben, möglichst allen* politisch ernstzunehmenden *Stimmen aus linksradikalen Zusammenhängen der Region ein printmediales Forum zu bieten, wenn sie uns in zeitungstechnisch verwertbarer Form* rechtzeitig *erreichen.*

Beim folgenden Leserbrief handelt es sich um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Auffassung von Geschichte bei der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Festgemacht wird die Kritik der Auswahl historischer Referenzpunkte vor allem an den letzten beiden AA/BO-Aufrufen zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (für 1997 und 1998). Nun haben wir auf den vorhergehenden Seiten den uns von der Antifaschistischen Aktion Berlin zugesandten Mobilisierungstext abgedruckt, der - obwohl auch sie zur AA/BO gehört - genau jenen *von unserem Leser kritisierten Geschichtsblock zur Oktoberrevolution* nicht *enthält und auch ansonsten eher wenig Anstoß für Kritik bietet. Damit aber die Kritik unseres Lesers in ihrer ganzen Breite nachvollzogen werden kann, drucken wir diesen an vielen Stellen kontrovers diskutierten Block* innerhalb *des Leserbriefs ab. Er ist dem offiziellen, acht Seiten langen „Hochglanz"-Initiativ-*Aufruf „Heraus zum revolutionären Antifablock auf der Demonstration zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg" *der AA/BO entnommen, der seit geraumer Zeit bundesweit verteilt wird und den selbstverständlich auch die AAB mitunterzeichnet hat.*

Zwar sind wir der Meinung, daß dieser kleine, oberflächliche Geschichtsabriß eine pathosgetränkte, heroismenproduzierende Glorifizierung der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland darstellt und damit konstruktive Kritik an „ihren Folgen, ihren Möglichkeiten und ihren Erfahrungen" bereits im Keim zu ersticken versucht - daraus können wir (?) laut Text nämlich nur lernen !?! -; aber mehr als diese kurze Charakterisierung wollen wir mal nicht vom Stapel lassen, sondern eher abwarten, was passiert.

Uns als Spielball ideologischer Grabenkämpfe zwischen „schwarz" und „rot" instrumentalisieren zu lassen - darauf haben wir jedenfalls keine Lust. Noch nicht! Wir wünschen uns vielmehr einen in der Sabo *ausgetragenen, polemikfreien Schlagabtausch der unterschiedlichen „Lager". Solltet ihr euch also vom auf den letzten und nächsten Seiten Abgedruckten in irgendeiner politischen Form provoziert fühlen, nimmt die* Sabo-*Dienststelle gerne alle Hinweise entgegen.*

-Sabotage

»*„Der Kampf um die Geschichte ist der Kampf um die Gegenwart"* kann mensch in der peppigen Hochglanzwerbeschrift der AA/BO lesen. Gegen die herrschende Geschichtsschreibung will die Organisation ihren Geschichtsbezug setzen, um „das Bewußtsein aufrecht-[zu]erhalten, daß auch andere vor uns den Kampf um das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geführt haben".[1] Eine Kostprobe dieses an sich ja ganz netten Anspruchs geben die jährlichen Aufrufe der Organisation zur LLL-Demo in Berlin. (*Damit meint der Leserbriefschreiber die Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Demo; so hieß die Gedenkveranstaltung in Berlin nämlich im letzten Jahr, Anm. d. Red.*)

Schon zur Zeit des nominalen Sozialismus wurde der LLL-Gedenktag benutzt, um Lenins Integrität zu erhöhen, indem durch die gemeinsame Ehrung eine inhaltliche Nähe Rosa Luxemburgs zu ihm suggeriert wurde. Auf ihre vernichtende Kritik an Lenin und der Oktoberrevolution, die eine gemeinsame Ehrung ad absurdum führt, wurde freilich nicht eingegangen, da sie „nicht alle Fragen der bolschewistischen Strategie und Taktik verstanden“[2] hatte.

Die AA/BO steht ganz in dieser Tradition der Geschichtsverdrehung, indem sie in ihrem Aufruf von 1997 die Konformität Luxemburgs mit den Bolschewiki mit folgendem Abschnitt unterstellt: „Noch im Gefängnis erfuhr Rosa Luxemburg von der Revolution in Rußland. Als Reaktion entstand »Zur russischen Revolution«, das auch den Satz über die Freiheit des Andersdenkenden beinhaltet. Diese Broschüre, die sich solidarisch und kritisch mit der bolschewistischen Revolution auseinandersetzt, endet mit dem Satz: »Die Zukunft gehört dem Bolschewismus«. Es ist kein Zufall, daß dieser Satz

Geschichte der Oktoberrevolution in Rußland

„Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben.“ (Luxemburg)

Vor 80 Jahren im November 1917 begann in Rußland die sozialistische Oktoberrevolution. Sie war das Startsignal und Orientierungspunkt für eine ganze Welle revolutionärer Erhebungen in Europa und weltweit. Viele Menschen auf der Welt schöpften aus dieser Revolution Kraft für ihren Kampf um eine sozialistische Gesellschaft. Der Sieg über den Faschismus, die antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskriege, ja selbst die Zugeständnisse der Kapitalisten in Form des „Sozialstaates“, sind ohne die Oktoberrevolution und die Sowjetunion nicht denkbar. Die Oktoberrevolution war und ist der schlagende Beweis, daß durch revolutionäre Umwälzungen grundsätzliche Änderungen erzielt werden können. Aus dieser Revolution, aus ihren Folgen, ihren Möglichkeiten und ihren Erfahrungen können wir lernen.

Was die Bedeutung von Lenin und die Bolschewiki ausmacht, war ihre Fähigkeit, die damalige gesellschaftliche Situation zu beobachten, zu beschreiben und die aus ihrer Sicht entsprechenden Schritte zu gehen, um diese Situation für eine sozialistische Revolution auszunutzen. Ihre konsequente revolutionäre Politik verlor über alle Entwicklungsetappen hinweg das Ziel nicht aus den Augen.

Die Bolschewiki sahen 1907 die Notwendigkeit, der Anpassung der Arbeiterbewegung an die herrschenden Verhältnisse und dem damit verbundenen Aufgeben der revolutionären Perspektive entgegenzutreten: Sie trennten sich von den Opportunisten und organisierten die Revolutionäre in einer eigenständigen Partei. Beim Ausbruch der Revolution 1917 waren sie organisatorisch in der Lage, sich an die Spitze des Massenaufstandes zu stellen. Mit dieser Revolution wollten sie das Startsignal für eine weltweite revolutionäre Bewegung geben. Sie hofften dabei vor allem auf ihre GenossInnen aus Deutschland.

Als die Revolution in Deutschland 1918 ausbrach, gelang es der SPD, im Bündnis mit Reaktionären, Kapital und Reichswehr, sie niederzuschlagen. Die FührerInnen der gerade 1919 gegründeten KPD Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden im Auftrag der SPD-Führung durch Offiziercorps ermordet. Tausende revolutionäre ArbeiterInnen und Soldaten wurden im Einverständnis mit der SPD bei den Aufständen in Deutschland getötet.

80 Jahre nach der Oktoberrevolution und neun Jahre nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, steht heute die revolutionäre Linke vor der Aufgabe, den Widerstand neu zu organisieren und einen neuen Anlauf zu wagen.

(aus dem Aufruf der AA/BO zur LL-Gedenkdemo ‘98)

nicht so häufig zitiert wird, wie die obengenannte Aussage Luxemburgs über die Demokratie."[3] Das stimmt allerdings, da dieser Satz falsch ist! In Wirklichkeit heißt es dort nämlich: „Lenin und Trotzki [...] sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt! Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik [...] und IN DIESEM SINNE gehört die Zukunft überall dem »Bolschewismus«."[4] Das ist auch schon alles, was Luxemburg an der Oktoberrevolution Lenins lobt: daß sie es versucht haben. Ansonsten findet mensch in ihrer Broschüre wenig Solidarisches.

Diese Jahr hat die Organisation der Oktoberrevolution eine ganze Kolumne gewidmet, die zynischerweise mit dem schönen Vorsatz Rosa Luxemburgs eingeleitet wird, „daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben". Statt sich aber diese Worte zu Herzen zu nehmen und jetzt endlich mal die berechtigte Kritik Luxemburgs an den Bolschewiki auszuführen, folgen nur sinnlose und absolut unkritische Preisungen der „konsequenten revolutionären Politik" der Bolschewiki, die „über alle Entwicklungsetappen hinweg das Ziel nicht aus den Augen" verlor, sich an die „Spitze des Massenaufstandes" stellte und die „sozialistische" Revolution durchführte.[5] Die Folgen dieser von der AA/BO begrüßten Okkupation der russischen Revolution waren kurz umrissen, daß die Räte entmachtet und sämtliche (sozialistische) Parteien außer der eigenen verboten wurden. Es wurde nicht die Diktatur des Proletariats aufgebaut - was in einem Land, dessen Bevölkerung zu 80% aus Bauern besteht, sowieso schon absurd wäre -, sondern die Diktatur einer Partei im Namen des Proletariats[6], einer Partei, die spätestens seit dem Fraktionsverbot des 10. Parteitages im März 1921 einen absolut monolithischen Block bildete, in dem keinerlei innere Demokratie möglich war.[7] Diese autoritäre Einstellung bei den Bolschewiki hatte Rosa Luxemburg schon in ihrem Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie" entlarvt, in dem sie den „von Lenin befürworteten Ultrazentralismus", der „in seinem ganzen Wesen nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen zu sein"[8] scheint, angreift. Dieser hätte „die absolute blinde Unterordnung der Einzelorgane der Partei unter ihre Zentralbehörde und die Erweiterung der entscheidenden Machtbefugnisse dieser letzteren bis an die äußere Peripherie der Parteiorganisation"[9] zur Folge.

In ihrer berühmten Broschüre zur russischen Revolution zeigt sie dann, vor dem Hintergrund der sich herauskristallisierenden Bolschewiki-Diktatur, daß Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten[10] nicht denkbar ist. Vielmehr unterscheidet sie „stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, [sie enthüllt] stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit - [aber] nicht, um diese zu verwerfen. (...) Es ist die historische Aufgabe

68161 MANNHEIM
S1-17
TEL. 0621 - 29 14 00

MODE FÜR UNERSCHROCKENE

MODE AUS ENGLAND
DR. MARTENS & RANGERS
SHOES AND BOOTS
STREETWEAR
DIRECTIONS HAIRCOLOURS
ACCESSOIRES

IN DER KELLERETAGE
NOSFERATU GOTHIC

PIERCINGSTUDIO
HEADSHOP
SECOND HAND ABTEILUNG
LACKMODE
"ALCHEMY" ACCESSOIRES

des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen [!]."[11] „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragende Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne"[12] Folgerichtig sind die Parteidiktatur Lenins und die bürgerliche Demokratie für Rosa Luxemburg auch nur „zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik".[13]

Schon diese wenigen Zitate zeigen die Unzulänglichkeit, die Inhalte Lenins und Luxemburgs miteinander in Verbindung zu bringen, sei es durch einen gemeinsamen Gedenktag, ein Flugblatt, in dem sich positiv auf die Bolschewiki bezogen wird, oder auch nur durch ein harmloses Lenin-Zitat, das sich auf selbiges schleicht. Doch ist es kein Zufall, daß genau dies die AA/BO immer wieder tut, genauso wenig, wie es ein Zufall ist, daß im Geschichtsbezug dieser Organisation die RäteanarchistInnen der Machnowtschina genauso wenig zu finden sind, wie die RätekommunistInnen der Kommune Kronstadt. Erinnert wird immer nur an die ParteikommunistInnen (seien es die Bolschewiki oder die KPD). Erstaunlich ist nur, wie plump sie dies manchmal tun. Von Lenin kann mensch halten, was er/sie will, aber ein „konsequenter Antimilitarist" oder ein Gegner eines „staatlichen Überwachungs- und Unterdrükkungsapparates"[14] war er nun wirklich nicht.

Die Kinderkrankheit im Kommunismus

Anmerkungen:

1 „Was sie schon immer über die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Aktion wissen wollten"(AA/BO)

2 „Meyers neues Lexikon" (VEB Bibliographisches Institut Leipzig)

3 Aufruf zur LLL-Demo der AA/BO von 1997

4 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, S.365 (Hervorhebung im Original)

5 Aufruf zur Demo zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der AA/BO von 1998

6 Ein Umstand, der nicht mal von Lenin geleugnet wurde, wenn er z. B. schreibt: „Die Diktatur der Arbeiterklasse wird von der Partei der Bolschewiki durchgeführt", W.I.Lenin: **Ausgewählte Werke in 3 Bänden**, Band 3, Berlin: Dietz Verlag, S.313

7 „Der Parteitag erklärt daher ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben [z. B. die „Arbeiteropposition" oder die „demokratischen Zentralisten"], für aufgelöst, bzw. ordnet ihre sofortige Auflösung an. Die Nichterfüllung dieses Parteitagbeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluß aus der Partei nach sich. *"(Resolution des 10. Parteitages der Russischen Kommunistischen Partei über die Einheit der Partei)*

8 Rosa Luxemburg: **Gesammelte Werke**, Band 1 (zweiter Halbband), S.433f.

9 ebd., S.428

10 Ausgenommen das Recht, Produktionsmittel zu besitzen.

11 Rosa Luxemburg: **Gesammelte Werke**, Band 4, S.363

12 ebd., S.362

13 ebd., S.362

14 Aufruf zur LLL-Demo der AA/BO von 1997

Demos & Veranstaltungen

So, 04.01.: **NiX fährt mehr! - Sonntagsspaziergang in Neckarwestheim**
So, 18.01.: **NiX fährt mehr! - Sonntagsspaziergang in Ahaus** um 14.00 Uhr

»Für das Frühjahr '98 haben AKW-BetreiberInnen und PolitikerInnen den nächsten CASTOR-Transport in ein „Zwischenlager" geplant. Diesmal vom AKW Neckarwestheim ins Brennelemente-„Zwischenlager" Ahaus. Sie meinten, damit die Lehren aus dem heftigen Widerstand in Gorleben gezogen zu haben. Im vermeintlich „widerstandsfreien" Ahaus hofften die BetreiberInnen, völlig problemlos Atommüll einlagern zu können. Dies ist ein Irrtum. Tatsächlich weht ihnen heute auch in Ahaus der Wind ins Gesicht. Für den nächsten Transport sollen allein dort 18.000 PolizistInnen aufgeboten werden, um den Widerstand von Anfang an in einer Übermacht zu erdrücken. Nicht mit uns!

Von Neckarwestheim bis Ahaus - der Castor geht uns alle an!

Den CASTOR verhindern, bevor er losfährt: Das bleibt unser Ziel! Daher rufen wir zu lebhaften Widerstandsaktionen von Neckarwestheim bis Ahaus auf. An diesen beiden Orten liegen die Schwerpunkte der NiX-fährt-mehr-Kampagne. Entlang der gesamten Strecke sollen viele weitere Aktionen stattfinden. Der aktuelle Aufenthaltsort des CASTOR-Transports kann unter der Telefonnnummer (0 25 61) 96 17 99 erfragt werden. Alle AktivistInnen aus dem Süden fordern wir auf, sich am Widerstand in Neckarwestheim zu beteiligen. Sollte der CASTOR dennoch das AKW verlassen, bleibt noch genügend Zeit, um auch in Ahaus aktiv zu werden.

Die WiderständlerInnen in Neckarwestheim und Ahaus haben sich mit einer anti-atomaren „Städte"-Partnerschaft gegen den geplanten Transport gestellt. Eine ähnliche Unterstützung gegen den Atomstaat haben die beiden Atommüll-„Zwischenlager"-Standorte Gorleben und Ahaus beschlossen. Transporte nach Gorleben sind auch weiterhin geplant. Dabei ist nicht auszuschließen, daß ein solcher Transport zeitgleich mit dem Transport Neckarwestheim-Ahaus durchgeführt wird. Händeringend suchen AKW-BetreiberInnen und Bundesregierung nach einer Möglichkeit, ihren Atommüll sicher zu lagern. Tatsächlich gibt es diese Möglichkeit nirgendwo auf der ganzen Welt. CASTOR-Transporte, Wiederaufarbeitung (WAA) im Ausland und „Zwischenlagerung" sollen suggerieren, es gäbe einen Weg, den Atommüll sicher zu entsorgen. Die sogenannte „Zwischenlagerung" des Atommülls sowie dessen Wiederaufarbeitung im französischen La Hague und im englischen Sellafield dienen den BetreiberInnen als Entsorgungsnachweis, der für den Betrieb der Atomkraftwerke (zumindest nach derzeitiger Gesetzeslage) notwendig ist. Die auslaufenden Verträge der AKW-BetreiberInnen mit den WAAs führen dazu, daß die BetreiberInnen zukünftig vermehrt den Weg der „Zwischenlagerung" gehen müssen, sollen ihre AKWs denn weiterlaufen. Dies würde häufige Transporte in die „Zwischenlager" bedeuten. Ahaus und Gorleben spielen in ihren Plänen eine zentrale Rolle. Die Atomtransporte sichern somit den Betrieb der Atomanlagen. Sie sind die Achillesferse der Atomindustrie, denn: Wenn die Lagerkapazitäten der AKWs erschöpft sind, müssen diese abgeschaltet werden. Wir wollen mit unserem Widerstand an diesem Knackpunkt ansetzen, um das gesamte Atomprogramm zu Fall zu bringen.«

Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen ist unser Ziel!
CASTOR-Stopp geht uns alle an!
Mit Wut und Witz gegen jeden CASTOR-Transport, bis zur Stillegung aller Atomanlagen!

(aus dem Aufruf „*Wir stellen uns gemeinsam quer! - Von Neckarwestheim bis Ahaus!*" der **Gruppen des Delegiertentreffens Ahaus** und der **Gruppen des Aktionsbündnisses CASTOR-Widerstand Neckarwestheim**)

So, 11.01.: **Demonstration** zum Gedenken an die Ermordung von **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** in Berlin

Der Kampf geht weiter! Organisiert den revolutionären Widerstand! Heraus zum revolutionären Antifablock auf der Demo!

Treffpunkt: 10.00 Uhr, Leninplatz (Platz der vereinten Nationen), Berlin

Mo, 12.01.: **Informationsveranstaltung** zur **geplanten Erweiterung des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens**

Die Frankfurter Flughafen AG plant wiedereinmal, den Flughafen auszubauen, den Flugplatz in Egelsbach zu erweitern und die Südbahn zu sanieren. Eine zwischen Südbahn und Air Base liegende Ausweichbahn soll dann später zur vierten Start- und Landebahn erklärt werden. Auf dieser Veranstaltung wird zunächst ein Referent gegen die Flughafenerweiterung Stellung beziehen; danach wird ein Film zur Geschichte des Widerstands gegen die Startbahn 18 West gezeigt.

Beginn: 20.00 Uhr, Cafè Exzess,
Leipzigerstraße 91, Frankfurt/Main.

Veranstaltet von der Bürgerinitiative Bockenheim

Do, 15.01.: **Prozeß** „*Steine gegen Banken*" vor dem Landgericht in Heidelberg

Am 25.06.1997 standen drei AntifaschistInnen vor dem Heidelberger Amtsgericht. Sie waren beschuldigt worden, an einer militanten Aktion gegen zwei Banken (02.01.1996) beteiligt gewesen zu sein. Trotz „erheblicher Zweifel" der Richterin an der Unschuld der Angeklagten wurden die drei damals **zunächst** freigesprochen. Aber - wie das bei solchen Fällen oftmals so ist - die Staatsanwaltschaft ging kurz darauf doch noch in Revision und hat den Fall im Zuge dessen neu aufgerollt. Es ist zu hoffen, daß wieder so viele ProzeßbesucherInnen wie damals im Gericht erscheinen, um ihre Solidarität auszudrükken.

Beginn: 8.30 Uhr, Saal 3, Landgericht HD

Veranstaltet von der deutschen Klassenjustiz

Do, 15.01./So, 18.01.: **Informations-/Mobilisierungsveranstaltungen** zum **NPD-Bundeskongreß** am 07.02. in Passau im JuZ Mannheim und im AZ Heidelberg

Die bayerische Kleinstadt Passau sollte aktiven AntifaschistInnen schon wegen der alljährlich stattfindenden DVU-Großveranstaltung allzu gut bekannt sein. Seit nunmehr acht Jahren hält die DVU (Deutsche Volks Union) in der Nibelungenhalle in Passau ihren Parteitag ab. Das erzkonservative Passau stellt für die DVU ein relativ ruhiges Hinterland dar, und um den antifaschistischen Widerstand kümmert sich pflichtbewußt die bayerische Polizei mit ihrem Schlägertrupp, dem USK (Unterstützungskommando). Nun hat auch die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) beschlossen, ihren Bundeskongreß im nächsten Februar in der Nibelungenhalle abzuhalten. Dieser Kongreß wird vermutlich eine der größten faschistischen Veranstaltungen im Wahljahr '98 sein. Bereits jetzt läuft die Mobilisierung der NPD über das Internet und über diverse Zeitungen, wie der „Deutschen Stimme", auf Hochtouren. Neben dem Auftritt von zahlreichen deutschen Neonazis sind bereits faschistische Größen aus dem europäischen Ausland sowie ein Kulturprogramm mit Rockbands und Liedermachern angekündigt. Die NPD hat inzwischen die Nibelungenhalle problemlos von der Stadt Passau übergeben bekommen und rechnet nach eigenen Angaben mit mehreren tausend TeilnehmerInnen. Tatsächlich faßt die Halle bis zu 5 000 Personen, und es ist mit einer regen Beteiligung der Neonazis am Kongreß zu rechnen.

Daher ruft ein Passauer Bündnis zu Gegenaktionen und einer bundesweiten Demonstration gegen den Kongreß auf. Klares Ziel des Bündnisses ... ist die Verhinderung der Naziveranstaltung. Aber auch auf Bundesebene mobilisieren die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation und zahlreiche andere antifaschistische und autonome Gruppen zur Verhinderung der NPD-Veranstaltung. In diesem Rahmen werden auch die Informations- und Mobilisierungsveranstal-

tungen in Mannheim (15.01.) und Heidelberg (18.01.) stattfinden, auf denen nochmal genauer auf die Rolle der NPD, die Situation in Passau und die antifaschistische Demonstration eingegangen wird. Desweiteren wird aus der Rhein-Neckar-Region am 07.02.98 ein Bus nach Passau fahren. Fahrkarten sind für 40,- DM in den Infoläden MA und HD erhältlich. (Abfahrtsort und -zeit werden noch bekanntgegeben!)

Beginn der Veranstaltungen: 20.00 Uhr

Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD und vom VEB laut & lästig MA

Sa, 17.01.: „Love music, hate fascism!" mit den STAGE BOTTLES und RIP-OFF im JuZ Mannheim

Soliparty zugunsten des „Antifaschistischen Info-Blatts" (Berlin). Zum AIB braucht wohl nicht mehr viel gesagt zu werden, es ist eine der besten (und wichtigsten) Antifazeitschriften in der BRD und absolut unterstützenswert. KOMMT ALLE!

Zu genießen gibt's die legendären STAGE BOTTLES mit ihrem melodisch-genialen Ska-Punkrock-Oi-Mix und die Szenehoffnung RIP-OFF aus Frankfurt/Gießen.

Hessen-Antifa rules OK!!!

Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltet vom VEB laut & lästig MA

Mi, 21.01.: „Arbeit, Wert, Geld" mit dem Referenten Diethard Behrens in der Alten Feuerwache Mannheim

Marx gilt der ökonomische Theorie als Arbeitswerttheoretiker. Versteht man ihn so, so läßt er sich den ökonomischen Klassikern zuordnen. Gefragt wird hier: Wie bestimmt sich der Wert des Geldes angesichts der Tatsache, daß es im Verlauf des 20. Jahrhunderts zur Abkehr von der Golddeckung gekommen ist? Wie ist das Geld zu bestimmen, wenn es als metallisches nicht mehr umläuft, sondern Geldpolitik via Währungsschlangen, Floatings und anderen Verfahren des Außenhandeslausgleich geregelt wird? Was ist, wenn es keinen „monetären Wert" gibt? ... Diesen Fragen klammern sorgfältig den marxschen Theorietypus wie seinen Hinweis auf Geldform und Geldfunktion aus. Bei Marx befinden wir uns ... nicht auf der Ebene ökonomischer Empirie. Marx argumentiert auf einer grundsätzlicheren Ebene. Die Rede vom Wert des Geldes ist eine problematische. Auch die gegenwärtige bürgerliche Theorie ... fragt nicht nach seinem Wert, sondern lediglich danach, was es tut. Allerdings, bevor man sagen kann, was es tut, ist mit Marx zu fragen, was es ist. Ihn interessierte der Begriff des Geldes. ... Einer davon ist, daß man ohne den Begriff des Geldes den Übergang zum Kapital nicht denken kann. Hat man keinen adäquaten Begriff des Kapitals, so bleibt der der Gesellschaft leer und politisches Handeln blind. Damit ist man wieder bei den Ausgangskriterien: Arbeit, Wert, Geld. Ihre theoretischen Beziehungen bei Marx sind allerdings erst aufzuklären.

Beginn: 20.00 Uhr, Alte Feuerwache Mannheim, Vortragssaal, Brückenstraße 2-4, Eingang Nord, Beitrag: 5,- DM

Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft

Mi, 21.01.: Konzert mit Attila the Stockbroker's BARNSTORMER im AZ Heidelberg

Obwohl die Kultgruppe des Autonomen Zentrums aus diversen Gründen unter der Woche keine Konzerte mehr veranstalten wollte, mußten sie bei dieser Band, die sich dem „Renaissance-Core" verschrieben hat, einfach mal wieder eine Ausnahme machen. Wir hätten nämlich alle etwas verpaßt, wenn wir den „Crumhorn-, Cornamuse-, Mandola-, Violin- and Punkrockguitars"-spielenden Entertainer ATTILA THE STOCKBROKER mit seinen Mannen Martin Fish, Dan Woods, M. M. McGhee und Tim O'Tay **nicht** gesehen und gehört hätten.

Beginn: 20.00 Uhr

Fr, 28.11.: Film „Oktober" im AZ Heidelberg

Stummfilm über die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 in Rußland. Die Handlung

umspannt die acht Monate vom Scheitern der „Provisorischen Regierung" bis zum Sturm auf das Winterpalais. Ursprünglich zum zehnten Jahrestag der Revolution geplant, verzögerte sich die Fertigstellung von „Oktober", u. a. weil Eisenstein auf höhere Weisung den inzwischen geächteten Trotzki nachträglich aus dem Film entfernen mußte.

„Oktober", UdSSR 1927,
Regie: Sergej M. Eisenstein,
Länge: 115 Minuten
Beginn: 21.00 Uhr

Veranstaltet vom Roten Splitter

Sa, 24.01.: **Informationsveranstaltung** „Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen!" im AZ Heidelberg

Der Kampf gegen den Castor...; NIX⁴; Gorleben & Ahaus; Schienenaktionstage & Sonntagsspaziergänge; Was hat Krümmel mit Grafenrheinfeld zu tun?; NIX mehr! - Kampagne gegen Atomtransporte; Rangierbahnhof Mannheim; Frühjahr '98; Neckarwestheim - Ahaus; Wo sind Gochsheim und Kranichstein?; Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England; Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen!; Repression; Wege und Ziele des Widerstands; Güterzüge, Brennelemente und Castorbehälter; Atomgesetznovelle & EPR; Die Entsorgungslüge und die Brennstoffspirale; Siemens; Atomstaat stillegen; alljährliches Spektakel im Wendland; Streitkultur; Für eine menschliche und herrschaftsfreie Gesellschaft!; Den Castor stoppen, bevor er losfährt!; ...ist der Kampf gegen die herrschende Ordnung!

Fragen, Antworten und Diskussion

Beginn: 19:00 Uhr, danach Disco mit der Manischen Weststadt (WelcheR zur Veranstaltung kommt, zahlt nur den halben Eintritt!!!)

Veranstaltet von der Anti-AKW/Castor-Gruppe HD und der NIX mehr! - Kampagne gegen Atomtransporte

Di, 27.01.: **Autorenlesung** mit **Raul Zelik** im Infoladen Mannheim

Ausgangspunkt des Romans „Friß und stirb trotzdem" (Edition Nautilus) sind die Ereignisse, die als Kaindl-Fall bekannt wurden: Bei einer antifaschistischen Aktion in Berlin kommt der Funktionär der „Deutschen Liga" Gerhard Kaindl ums Leben - ungeplant. Über ein Jahr später nimmt der Staatsschutz aufgrund der Aussagen einer Tatbeteiligten zahlreiche Verdächtige fest, die später auch verurteilt werden. Das Buch erzählt, sich auf die tatsächliche Ereignisse stützend, die Geschichte aus der Sicht eines an der Aktion beteiligten, der dann gesucht wird, seine Flucht, sowie Geschichten und Erlebnisse im Exil. Dabei wechselt sowohl die Sichtweise zwischen dem Fall und dem Leben der Hauptperson. Besonders eindrucksvoll werden Knastsituation, die Sicht eines Verfolgten und Exilanten, sowie die politische Situation und der Aufschwung von Rassisten und Neofaschisten Anfang der 90er Jahre beschrieben. Auch eine Einbindung der „Verräter"-Problematik in das anspruchsvoll geschriebene Buch fehlt nicht. Ein spannendes, politisches Buch, das auf eine sehr persönliche Weise eine Annäherung an eine Extremsituation und ihre alles verändernde Folgen für die Beteiligten versucht.

Beginn: 19.30, IL Mannheim, JUZ in Selbstverwaltung, Neuer Meßplatz MA

Veranstaltet vom Infoladen Mannheim

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Termine im Januar 1998

FR, 09.01.: Spiritual-Night Gothic-Dark-Wave-Disco 22.00 Uhr

SA, 10.01.: N.E.W.I.W. Die Mitternachtsdisco im JUZ 23.00

DO, 15.01.: Infoveranstaltung der Autonomen Antifa HD und des VEB laut & lästig zum NPD-Bundesparteitag am 7. Februar in Passau 20.00 Uhr

SA, 17.01.: VEB laut & lästig proudly presents:
Hardcorekonzert mit STAGE BOTTLES und RIP OFF 20.00 Uhr

FR, 23.01.: Newcomer-Konzert mit Bands aus der Region

SA, 24.01.: DSE Single-Release-Party

DI, 27.01.: Lesung mit Raul Zelik: "Friß und stirb trotzdem"

SA, 31.01.: AJA-Festival:
CLASSWAR III, ÜBERDOSIS GRAU u. a.

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Dienstag, Mittwoch und Freitag: Café Grafenwalder ab 18°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°
Jeder 2. Montag: Didgeridoo lernen + spielen ab 19°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim